

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird im Frühjahr 2024 75 Jahre alt – auch wenn es für den Osten Deutschlands erst seit 1990 gilt. Die Bilanz zur Wirkung des Grundgesetzes fällt ambivalent aus: Obwohl einige wegweisende verfassungsrechtliche Urteile des Bundes und der Länder dazu geführt haben, dass (manche) Diskriminierungen abgebaut und (manchen) schutzbedürftigen Minderheiten mehr Rechte zugestanden werden, bedeutet dies keineswegs automatisch einen Gewinn an substanzieller Gleichheit oder gar einen Abbau von androzentrischen, heteronormativen, bürgerlichen, rassistischen oder nationalistischen Herrschaftsstrukturen. Gegenwärtig wird zudem besonders sichtbar, dass auch das Grundgesetz nicht gegen den anhaltenden Aufwind rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte schützen kann. Dies macht offensichtlich, dass die Langlebigkeit von rassistischen, nationalistischen, hetero-cis-patriarchalen Strukturen sich durchaus mit einer abstrakten rechtlichen Verankerung von Gleichheit und Freiheit vereinbaren lässt. Die Normalisierung recht(sextrem)er Diskurse und Politiken, die in den letzten Jahren insbesondere im Asyl-, Flucht- und Migrationsbereich auf nationaler, supranationaler wie globaler Ebene menschenrechtswidrige Folgen zeitigt, entfaltet sich gleichzeitig zu abstrakten Bekenntnissen zur Würde des Menschen. Verstärkt wird die Skepsis, ob rechtliche Rahmen ausreichen, um autoritäre Transformationen zu verhindern, auch durch die Blockade der CDU, das Bundesverfassungsgericht gegen den politischen Erfolg rechtsextremer Kräfte zu schützen. Ob die deutschlandweiten Demonstrationen, die unter großem Zustrom sich die Verteidigung (und den Ausbau) der Demokratie zum Ziel gesetzt haben, zu strukturellen Veränderungen führen, die eine tatsächliche ‚Brandmauer gegen rechts‘ wären, wird sich zeigen.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes bietet einen feministisch-rechtskritischen Blick auf das Grundgesetz. Eröffnet wird die Rubrik mit einem Interview mit der ehemaligen Bundesverfassungsrichterin und feministischen Rechtswissenschaftlerin Susanne Baer. Die weiteren Beiträge widmen sich der Rolle des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch und auf Sexarbeit/Prostitution.

Der aktuelle globale Rechtsruck wird im Forum aufgegriffen. So legt Aylon Cohen dar, wie anti-feministische, anti-queere und anti-trans* Politiken seit jeher eine begrenzte Vorstellung einer „fraternal democracy“ beförderten. Johanna Krey und Brigitte Bargetz analysieren affektive Mobilisierungen im rechten Kampf um Hegemonie, mit denen Frauen für ein reaktionäres Weiblichkeits- und Geschlechterprojekt gewonnen werden sollen. Den Beharrlichkeiten androzentrischer Logiken im Wissenschaftsbetrieb widmen sich Monique Ritter, Bernadette Rohlf und Susanne Lerche. Clara Rocío Rodríguez Pico setzt sich mit Begrenzungen der politischen

Repräsentation von Frauen in Kolumbien auseinander. Emma Fahr analysiert die „Feministische Entwicklungspolitik“ der deutschen Bundesregierung, die für eine homodevelopmentalistische Ausrichtung der Außen- und Entwicklungspolitik steht. Die Rubrik Tagespolitik versammelt diesmal Themen von Familienpolitiken bis zu Künstlicher Intelligenz. So rekonstruiert Almut Peukert die Kürzungen beim Elterngeld in Deutschland und zeigt die Begrenztheit aktueller Debatten dazu auf. Silke Schneider nimmt das aktuelle Umfragehoch der Alternative für Deutschland (AfD) zum Ausgangspunkt, um vor den alarmierenden Auswirkungen auf Gleichstellungspolitik zu warnen, die mit einer (möglichen) Regierungsbeteiligung der AfD einhergingen. Rechten Geschlechterpolitiken in Italien widmet sich Johanna M. Pangritz, die aufzeigt, dass Policies, wie die Reduktion der Tamponsteuer, nicht über die insgesamt zutiefst antifeministische Agenda der Regierung Georgia Melonis hinwegtäuschen dürfen. Das Potential der neu gewählten Regierung in Polen, die destruktiven Auswirkungen der von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) angeführten, abgewählten rechten Regierung zu beseitigen, lotet der Beitrag von Emilia Plichta aus. Der Beitrag von Helene Götschel und Rylee Hühne zeigt, inwiefern vergeschlechtlichte und rassifizierte Machtverhältnisse in Künstliche Intelligenz eingeschrieben sind.

Die Rubrik Forschung und Lehre widmet sich der Reflexion eines interdisziplinären Hochschulseminars zu Körperpolitiken an der Schnittstelle von Geschlechterforschung, Sozialer Arbeit und Kunst sowie dem studentischen Arbeitskampf in Deutschland für einen Tarifvertrag. Am Ende des Heftes werden wie gewohnt aktuelle Neuerscheinungen rezensiert.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2024 Normierungen, Normalisierungen und neue Ambivalenzen im Sozialstaat

1/2025 „It’s complicated!“ Geschichts- und Erinnerungspolitik in feministischer Perspektive